



FSJ Politik + Politische Partizipation + Soziale Netzwerke





Diplomarbeit im Studiengang Diplomsoziologie

**Der Einfluss des Freiwilligen Sozialen Jahres für Politik
auf die politische Partizipation in Netzwerken**

Eingereicht von KATHLEEN SLANINA am 28.09.2009.
(geb.: 20.10.1980)

1. Gutachterin: Dr. SYLKA SCHOLZ
2. Gutachter: Prof. FRANK NESTMANN

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	6
2. Politische Partizipation	9
2.1 Begriff und Grundverständnis politischer Partizipation	9
2.1.1 Der instrumentelle Partizipationsgedanke	9
2.1.2 Der normative Partizipationsgedanke	10
2.2 Formen politischer Partizipation	11
2.3 Einflussfaktoren politischer Partizipation	12
2.3.1 Politische Partizipation in sozialen Netzwerken	13
2.3.2 Politische Partizipation von Jugendlichen	14
2.3.3 Geschlecht und politische Partizipation	18
3. Das politische Freiwilligenjahr – FSJ Politik	21
3.1 Ursprung und Richtlinien des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ)	21
3.2 FSJ Politik in Sachsen	23
3.2.1 Einsatzstellen	23
3.2.2 Die Freiwilligen	24
3.2.3 Pädagogische Begleiter	25
3.2.4 Seminare und Bildungstage	26
4. Soziale Netzwerke	27
4.1 Wurzeln der Netzwerkforschung	27
4.2 Verortung der Netzwerkforschung	30
4.3 Merkmale sozialer Netzwerke	31
4.4 Social Support	33
4.4.1 Direkt- und Puffereffekte	33
4.4.2 Klassifikation von Social Support	34
4.4.3 Freundschaft als Hort sozialer Unterstützung	36
4.5 Soziale Netzwerke von Jugendlichen	37
4.6 Soziale Netzwerke und Geschlecht	39
5. Annahmen und forschungsleitende Fragen	40
5.1 Soziale Netzwerke	40
5.2 Politische Partizipation	43
6. Zur Konzeption und Durchführung der Untersuchung	44
6.1 Der methodische Zugang	44
6.2 Die Erhebungsmethode	46
6.2.1 Das problemzentrierte Interview	46
6.2.1.1 Struktur des Gesprächsleitfadens	47
6.2.1.2 Zur Durchführung der Interviews	48
6.2.2 Zum Verfahren und Erhebung egozentrierter Netzwerke	49

6.3 Der Auswertungsprozess anhand des themenzentriert-komparativen Verfahrens	51
6.4 Methodische Anmerkungen zur Auswertung der Netzwerkbilder	53
7. Vorstellung der Grundgesamtheit und Auswahl der Interviewpartner	54
7.1 Standarddemographische Informationen zu den Teilnehmern	55
7.2 Informationen zum gesellschaftlichen Engagement, Berufswunsch und politischen Erfahrungen vor dem FSJ Politik	58
7.3 Auswahl der Interviewpartner	60
8. Auswertung der Interviews	64
8.1 Beschreibung des Typs: vernetzt politisch Aktive	64
Die politisch vernetzt Aktiven	66
ANDREA	66
VIKTOR	72
CLEMENS	76
8.2 Beschreibung des Typs: schwach-vernetzt Politikinteressierte	80
Die schwach-vernetzt Politikinteressierten	83
ANNA	83
JONAS	87
8.3 Darstellung der Einzelfälle	92
Die Resignierte	92
CHRISTIANE	92
Der Entwurzelte	94
EMANUEL	95
Der Unkonventionelle	97
PETER	98
9. Zusammenfassung und Diskussion der Ergebnisse	102
9.1 Motivation für ein FSJ Politik	102
9.2 Das FSJ Politik-Netzwerk	103
9.3 Politische Partizipation	107
9.4 Geschlecht	110
Literatur	113
Anlagen	123
A Leitfaden für das Interview	
B Bewerbungsbogen für ein FSJ Politik (Sächsische Jugendstiftung)	
C Kodierbogen	
D versendete Anfrage für ein Interview	
E Netzwerkbilder	
F Selbständigkeitserklärung	
G Transkripte und vollständige Arbeit auf CD	

1. Einleitung

Einen Monat vor der Bundestagswahl im September 2009 bestätigt eine vom Deutschen Gewerkschaftsbund in Auftrag gegebene Forsa-Umfrage die Unzufriedenheit junger Menschen mit dem Handeln deutscher Politiker¹. Dreiviertel der 16- bis 32-jährigen Befragten² kritisierten das unzureichende Interesse und den mangelnden Einsatz der Regierenden für ihre Sorgen und Bedürfnisse (vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund 2009). Im Gegenzug erwiesen sich die Umfrageteilnehmer als grundsätzlich an der Politik interessiert. 60 % erklärten sich sogar bereit, an öffentlichen Protestaktionen teilzunehmen, um für ihre Rechte zu kämpfen (ebd.). Dass laut Deutscher Gewerkschaftsbund-Bundesjugendsekretär René Rudolf „*die Politik an den Jugendlichen in Deutschland vorbeiregiert*“ (zit. nach El-Sharif 2009), spiegelt sich möglicherweise auch in den Ergebnissen der einige Wochen zuvor gewählten Landtage in Thüringen, Sachsen und im Saarland wieder. Nicht nur, dass in Sachsen gerade die Hälfte der Wahlberechtigten den Weg zur Wahlurne fand, auch gab es unter den Erst- und Jungwählern sehr viele Nichtwähler (vgl. tagesschau.de 2009). Hinzu kommt, dass in den drei Bundesländern besonders die 18- bis 24-Jährigen ihr Kreuz bei der verfassungsfeindlichen und rechtspopulistischen NPD setzten (ebd.).

Was können wir aus diesen Ergebnissen schließen? Sind sie als Zeichen der Auflehnung zu werten oder spiegeln sie bloß die übliche Politikverdrossenheit, das geringe Politikinteresse und die minimale politische Partizipation wider, die der jungen Generation seit den 1990er Jahren in empirischen Studien immer wieder bescheinigt werden (vgl. Shell 1992, 1997, 2000, 2002, Hoffmann-Lange 1995, Gille, Krüger 2000)?

Die vorliegende Arbeit möchte die Bedeutung der politischen Partizipation für Jugendliche genauer untersuchen. Hierbei liegt der Fokus auf jenen, die ein Jahr lang einen politischen Freiwilligendienst absolvierten. In diesem von der Sächsischen Jugendstiftung seit 2004 angebotenen politischen Bildungsjahr (FSJ Politik³) erhalten junge Menschen nach dem Motto „Machen statt Meckern“ die Möglichkeit, sich freiwillig in politischen Organisationen zu engagieren. Diese besondere politische Ausrichtung des Sozialen Freiwilligenjahres (FSJ) bot bis 2008 nur das Bundes-

¹ Die in dieser Arbeit vorhandenen personenbezogenen Bezeichnungen sind nur aufgrund der besseren Lesbarkeit in der männlichen Form angegeben, beziehen sich aber selbstverständlich geschlechterneutral sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form.

² Die Umfrage wurde vom FORSA-Institut durchgeführt und vom Deutschen Gewerkschaftsbund in Auftrag gegeben. 590 junge Personen zwischen 16 und 32 Jahren wurden hierfür zwischen dem 28. August und 1. September 2009 telefonisch interviewt.

³ Die Bezeichnung FSJ Politik steht für das Freiwillige Soziale Jahr Politik. In der vorliegenden Arbeit werden für die Abkürzung FSJ Politik auch Bezeichnungen wie politisches Freiwilligenjahr, politischer Freiwilligendienst, Freiwilligendienst im politischen Bereich o.ä. verwendet.

land Sachsen an. Seit Kurzem gibt es den einjährigen politischen Freiwilligendienst auch in Sachsen-Anhalt und Niedersachsen.

Vor dem Hintergrund, junge Menschen in die Politik einzuführen, bekommen sie einen Einblick in die Strukturen, Aufgabenfelder und Arbeitsabläufe politisch relevanter Institutionen und erhalten darüber die Chance, politische und gesellschaftliche Ereignisse von der aktiven Seite zu erleben und sich entsprechend einzubringen. Dabei sammeln sie nicht nur alltagspraktische Erfahrungen, sondern knüpfen auch neue soziale Kontakte. Sie arbeiten mit Angestellten der jeweiligen Einsatzstelle zusammen und lernen durch die Seminar- und Bildungstage Referenten und Mitarbeiter anderer Organisationen kennen. Da das FSJ Politik auf ein Jahr beschränkt ist, sind diese Kontakte zeitlich begrenzt, was jedoch nicht ausschließt, dass über das Freiwilligenjahr hinaus Verbindungen zu den jeweiligen Ansprechpartnern bestehen.

Ausgehend von der Frage der politischen Partizipation untersucht diese Arbeit im Speziellen, inwieweit die Teilnehmer des FSJ Politik während ihres Freiwilligendienstes Netzwerke bilden konnten, welche sie nach Ablauf des Jahres nutzten, um politisch aktiv zu werden bzw. aktiv zu bleiben. So gesehen, gibt es nach dem Freiwilligenjahr verschiedene Optionen: Die Jugendlichen erhalten einen Einblick in politisches Geschehen und bauen ein festes Beziehungsgeflecht auf. Dieses könnte sie beispielsweise motivieren, als Kandidat für den Stadtrat anzutreten. Ein anderer Weg wäre, sich völlig resigniert von jeder Form politischer Aktivität abzuwenden.

Das Ziel der Arbeit ist es, die Bildung sozialer Netzwerke während des FSJ Politik sowie deren Auswirkung im Hinblick auf die anschließende politische Partizipation aufzuzeigen. Mithilfe qualitativer Interviews und anhand einer Netzwerkanalyse werden die Netzwerke der Freiwilligen spezifisch und systematisch beschrieben und auf ihre Fähigkeit hin untersucht, die Freiwilligen politisch einzubinden und zu fördern.

Acht Porträts ehemaliger Programmteilnehmer des FSJ Politik, die für diese Arbeit befragt wurden, bilden das Kernstück dieser Arbeit. Sie geben Auskunft, wie die Jugendlichen zu ihrem FSJ Politik gekommen sind, wen sie dabei kennengelernt haben und welchen Einfluss das Jahr auf ihr aktuelles politisches Interesse und Engagement hatte.

Bevor die befragten Jugendlichen selbst umfassend zu Wort kommen, werden in den ersten beiden Kapiteln zunächst theoretische Grundlagen zur politischen Partizipation und zu sozialen Netzwerken erläutert. Neben den sozialen Netzwerken stellen das Jugendalter und das Geschlecht besondere Einflussgrößen politischer Partizipation dar. Alle drei Faktoren werden deshalb einzeln

vorgestellt. Des Weiteren erfolgt eine Beschreibung der Bedingungen, Voraussetzungen und Determinanten politischer Partizipation.

Der Untersuchung der während des FSJ Politik entstandenen sozialen Beziehungen wird anschließend die Netzwerkanalyse zugrunde gelegt. Auf deren Geschichte und Verortung geht der Abschnitt „Soziale Netzwerke“ (Kapitel 4) ein. Bestandteil der sozialen Beziehungen ist der Social Support,⁴ der eine wesentliche Funktion in sozialen Netzwerken einnimmt. Er impliziert den Austausch von hilfreichen Handlungen zwischen den Personen des sozialen Netzes und soll, ausgehend von den Aussagen der Jugendlichen und unter Einbeziehung des Geschlechts, ebenfalls näher beleuchtet werden (vgl. Röhrle 1994, Bachmann 1998).

Soziale Netzwerke und politische Partizipation werden jeweils geschlechtssensibel betrachtet, d.h., auch bei der Erarbeitung der theoretischen Grundlagen soll danach geschaut werden, ob es Studien und Erkenntnisse gibt, die das Geschlecht als Einflussgröße berücksichtigen. Die vorliegende Arbeit geht von der Annahme aus, dass sich durch das Erlernen sozialer Rollen und durch geschlechtsspezifische Sozialisation Unterschiede zwischen den weiblichen und männlichen Befragten ergeben – sowohl hinsichtlich ihrer Netzwerke als auch hinsichtlich ihrer politischen Partizipation.

Zur Beweisführung dient ein Konzept, welches Geschlecht, im Sinne von gender, als soziale Institution begreift. Geschlecht als soziale Institution wird demnach in alltäglichen Handlungen reproduziert, wobei die Zugehörigkeit zu einem Geschlecht im individuellen Handeln symbolisch ausgedrückt wird. Grundlage jeder individuellen Handlung ist dabei ein historisch entstandenes, sich aber auch wandelndes Sammelsurium von männlichen und weiblichen Verhaltensweisen (Stein-Hilbers 2000: 35, Lorber 2003: 55).

Aufbauend auf dem theoretischen Grundgerüst ergeben sich zwei repräsentative Typen, die sich hinsichtlich ihres Umgangs mit Netzwerken und ihrer politischen Beteiligung unterscheiden. Anhand der erhobenen Fälle lassen sich diese eindrucksvoll nachvollziehen. Darüber hinaus illustrieren Einzelfälle den jugendlichen Umgang mit den besonderen Chancen und Herausforderungen eines FSJ im Umfeld politischer Einrichtungen.

Den Schluss der Arbeit bildet eine zusammenfassende Darstellung der ein FSJ Politik kennzeichnenden Faktoren wie politische Partizipation, soziale Netzwerke, Geschlecht und Motivation. Bezugnehmend auf die Annahmen werden die Ergebnisse zusammengefasst und hinsichtlich der

⁴ Die Begriffe „Social Support“ und „soziale Unterstützung“ werden im Folgenden synonym verwendet.

Ausgangsfrage diskutiert, inwieweit das FSJ Politik die politische Partizipation junger Menschen beeinflusst.

2. Politische Partizipation

2.1 Begriff und Grundverständnis politischer Partizipation

„*Government of the people, by the people, for the people*“ (Lincoln 1863 [1953]: 19) meint, dass eine demokratische Regierung das Engagement ihrer Bürger voraussetzt. Partizipation vom Lateinischen *particeps* abgeleitet, bedeutet Teilhabe, Beteiligung bzw. Mitwirkung. Geht es um politische Partizipation, so beteiligen sich Personen oder Personengruppen am politischen Geschehen, am Gemeinwesen: „*Unter politischer Beteiligung werden in der Regel jene Verhaltensweisen von Bürgern verstanden, die sie alleine oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen*“ (Kaase 2002: 350). Als politische Partizipation sind auch Handlungsformen zu verstehen, die innerhalb eines institutionalisierten gesellschaftlichen Gefüges, sei es Staat, Kommune oder Betrieb, dazu führen sollen, die unterschiedlichen Aspekte des Zusammenlebens mit reglementierenden hoheitlichen Entscheidungen zu beeinflussen und mitzubestimmen (vgl. Kaase 2002, Hoecker 2006).

Wie politische Partizipation in einer Demokratie erfahren wird, hängt unter Umständen davon ab, von welchem Demokratieverständnis ausgegangen wird. Im Folgenden werden zwei Grundpositionen vorgestellt, die verdeutlichen, dass unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Dimensionen und des Aktionsradius' von politischer Partizipation vertreten werden (vgl. Schultze 1995, Hoecker 2006: 3ff.).

2.1.1 Der instrumentelle Partizipationsgedanke

Beim instrumentellen Partizipationsprinzip wird Demokratie als Methode verstanden und politische Partizipation als Handlung, die die Erreichung eines politischen Ziels bzw. die politische Einflussnahme beabsichtigt. Die Adressaten dieser politischen Teilhabe sind Entscheidungsträger, die die Bedürfnisse und Interessen der Bürger als Repräsentanten vertreten. Joseph Schumpeter (1950) steht für dieses Demokratieverständnis, das die Herrschaft des Volkes als Herrschaft der Politiker mit Zustimmung des Volkes versteht. Der Volkswille ist weniger Motor, sondern mehr ein Ergebnis des politischen Prozesses. Daher erscheint der Bürger für Schumpeter (1950) als unmündig, beeinflussbar und nicht rational. Wahlen dienen in erster Linie der Abstimmung über eine Regierung und stellen in der Zeit der Abstimmung einen Konkurrenzkampf um die Stimmen